

zu Gläubigern und Schuldnern macht. Durch ihre Eigenschaft als Gläubiger wissen die Staaten nicht, wieviel sie von ihrem Guthaben erhalten werden, in ihrer Eigenschaft als Schuldner wissen sie nicht, wieviel sie zahlen können und müssen.

Uebrigens kann kein Staat einen wirklichen Haushalt aufstellen, kein Staat es wagen, sich in große unplanmäßige Reueinrichtungen einzulassen. Kein Staat kann auf eine gesicherte Stabilisierung seiner Zahlungsbilanz vertrauen, mit Ausnahme jenes eines großen Reiches, das niemandem schuldet und Gläubiger aller ist, nämlich Amerika, ohne dessen Beteiligung der Wiederaufbau Europas unmöglich wird.

Auch in früheren Zeiten waren die Staaten untereinander verschuldet, aber diese Schuld stand in einem Verhältnis zur Produktionskraft. Die heutige Verschuldung beläuft sich auf mehr, als die Staaten in Jahrzehnten ersparen und abzahlen können.

Es bleibt somit nur derjenige Weg übrig, der von einzelnen Wirtschaftssubjekten leicht beschritten wurde, wenn ihre Verschuldung die Produktionskraft übersteigt, nämlich

der Weg der Sanierung und des Schuldabbaus.

Die zweite der ausgesprochenen Gemmeley Wahrheiten scheint mir zu liegen in dem Satz,

daß kein Gläubiger seine Schuldner am Bezahlen der Schulden hindern sollte.

Eine Zahlung in Gütern aber ist dann nur möglich, wenn der Gläubiger sie akzeptiert. Verbietet er sie, so tritt Zahlungsunfähigkeit ein und erschwert er sie durch Zölle oder durch andere hindernde Maßnahmen, so wird der Beitrag der Schuld willkürlich vermehrt; denn wenn um so viel mehr Ware geliefert wird als erforderlich ist, um die anferlegten Zölle zu bezahlen, dann wird das Zahlungsmittel entwertet und somit die Schuldsumme erhöht.

Die dritte der Wahrheiten

ist vielleicht am deutlichsten zum Ausdruck gekommen und ausgesprochen in dem Satz, daß die Weltwirtschaft erst dann wieder hergestellt werden kann, wenn ein imponderabler Wert wieder gewonnen ist, nämlich das wechselseitige Vertrauen.

Der heutige Zustand der Welt ist nicht Frieden, sondern ein Zustand, der dem Kriege ähnlich ist, jedenfalls ist es kein vollkommener Friede.

Leider ist die öffentliche Meinung noch nicht demobilisiert

Die Ueberreste der Kriegspropaganda zirkulieren noch immer und belästen die Atmosphäre.

Daß dies tatsächlich die Imponderablen sind, die den ehemals so großen Austausch der Produktions- und Konsumtionsverlehrs hemmen, geht aus der Tatsache hervor, daß die Produktionsmittel der Welt nahezu vollkommen erhalten sind. Selbst wenn man alle tief bedauerlichen Zerstörungen des Krieges und vor allem der Nachkriegszeit in Rechnung zieht, darf man annehmen, daß

im gesamten Produktions- und Verkehrsapparat selbst mehr als 90 Prozent erhalten

sind. Die gewaltigen und tief beklagenswerten Zerstörungen innerhalb des russischen Reiches greifen in den Weltmarkt nur mit etwa 3 Prozent ein.

Trotz der großen Menschenverluste des Krieges sind aber die menschlichen Produktionskräfte fast vollständig erhalten.

Wann kommt die Geldmahlmühle nicht arbeitslos, obwohl ihre Zubehöre, wie ihre Triebkräfte fast vollständig erhalten sind, wenn auf der einen Seite

Millionen von Händen feiern,

auf der anderen Seite

Millionen von Menschen hungern,

wenn auf der einen Seite unzählige Gütermengen unverschuldet sich aufstapeln, auf der anderen Seite an den gleichen Gütern der schwerste Mangel besteht, so liegt das daran, daß die wechselseitige Verschuldung als psychologisches Moment wirkt. Wenn man sich nun fragt, ob es denn wirklich kein Mittel gibt, die erschöpften Kräfte des Weltmarktes neu zu beleben, die Maschinenriehe der Weltproduktion von neuem in Bewegung zu setzen, so ergibt sich

die dritte der unausgesprochenen Thesen

nämlich die, daß nicht durch irgend einen oder zwei Käufer, sondern durch das Zusammenwirken aller in den ökonomischen und Weltproblemen neue Bewegung ausgeführt werden kann. Durch ein universelles Opfer der Welt und der leidenden Menschheit kann nur eine leidende Welt geheilt werden. Das erste Opfer wird in

dem allgemeinen Abbau des Verschuldungskreises zu suchen sein. Das zweite Opfer besteht in der gemeinsamen Aufbringung großer neuer Mittel für den Wiederaufbau.

Ein weiteres historisches Ergebnis der Konferenz erblüht die deutsche Delegation in der Annäherung des großen schwerbedrückten russischen Volkes an den Kreis der westlichen Nationen.

Deutschland hofft durch die Fortsetzung der beiderseitigen Besprechungen das Werk des Friedens zwischen Ost und West zu fördern.

Abermals und hoffentlich nicht vergebens haben die Völker der Erde ihre Augen und Herzen zu Italien erhoben in der tiefen Empfindung, der Petrarca den unsterblichen Ausdruck verliehen hat: *E cominciò gridar: O pace, pace, pace!* (O ruft: Frieden, Frieden, Frieden!)

Nach dieser Rede Rothemanns, die mit langanhaltendem für michem Beifall aufgenommen wurde, wurden die Beschlüsse der Wirtschaftskommission, das heißt der Punkt 2 der Tagesordnung angenommen.

In Punkt 3 spricht

Der Führer der russischen Delegation Tschitscherin

Er schloß sich im Namen der russischen Delegation dem Dank an Italien an, bemerkte aber, daß man sich nicht verstehen könne, daß der Verlauf der Konferenz nicht in allen Punkten den großen Grundsatz: Keine Sieger und keine Besiegten, der in der Eröffnungsansprache verkündet worden sei, ausgesprochen hätte.

Es entsprachen alsdann noch Lord Georges, der die Konferenz einen bedeutungsvollen Meilenstein auf dem Wege des Friedens nannte.

Barthou meinte, von Schlusreden könnte man nicht reden. Es seien keine Abbrüchreden gehalten worden.

Es folgten eine Reihe von Schlusreden. Um 1 Uhr schließt der Präsident Faiva die Sitzung.

Ueber die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien werden demnächst Verhandlungen in Bukarest beginnen.

Hermes' Reparations-Besprechungen

Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes will seit einiger Zeit in Paris, um mit der Reparationskommission zu verhandeln. Die Erinnerung, hatte die Reparationskommission verlangt, daß Deutschland zur Deckung seines Haushalts und zur Erfüllung der Reparationen u. a. 60 Milliarden neue Steuerausgaben verlangte. Die deutsche Antwortweise beherrschte diese Forderung nur unbestimmt. In Paris hat Hermes jetzt erklärt, daß dies nicht möglich sei und auch nicht notwendig sei, da die laufenden Steuern weit höhere Erträge lieferten, als man bisher angenommen habe. Die Reparationskommission gab sich aber mit dieser Erklärung nicht zufrieden. Es wurde ihm bedeutet, sich weitergehende Instruktionen von der deutschen Regierung zu holen. Hermes hat den Meldungen zufolge auch bereits an die Reichsregierung telegraphiert.

In der französischen nationalistischen Presse wird wieder sehr mit dem Sichel geschwungen. Colatz schreibt sogar, es seien schon verschiedene Zwangsmassnahmen in Betracht gezogen, so die Besetzung der Ruhr, Beschlagnahme der Steuern im Rheinland und Kontrolle über die Reichsregierung. Im englischen Unterhaus war das mutmaßliche Verhalten der Franzosen Gegenstand einiger Anfragen. So fragte der Abgeordnete Kennith, ob die französische Regierung Zusicherungen gegeben habe, daß sie an einer Konferenz über die Reparationen teilnehmen werde, bevor sie zu einer neuen Allianz auf deutschem Gebiet schreiten werde. Chamberlain antwortete ausweichend, worauf Kennith erwiderte, daß Frankreich beschloßen habe, am 31. Mai zu marschieren, wenn Deutschland nicht zögere. Chamberlain entgegnete darauf, daß die englische Regierung von einer solchen Absicht Frankreichs nichts wisse. Die französische Regierung habe im Gegenteil noch der Besetzung Frankreichs im April 1920 erklärt, daß sie in Zukunft in allen Fragen, die mit der Durchführung des Versailler Vertrages zusammenhängen, in vollem Einverständnis mit den Alliierten vorgehen würde.

Die amerikanischen Handelskammern haben auf ihrem Kongress die Beteiligung Amerikas an den Arbeiten der Reparationskommission gefordert und in einem zweiten Beschlusse die Aufhebung aller alliierten Kriegsschulden als das beste Mittel zur Wiederherstellung des internationalen Handels empfohlen.

Verdoppelung des Brotpreises

Dem deutschen Proletariat droht eine wesentliche Verschlechterung seiner ohnedies überaus schlechten Lebenshaltung. Bei einer Preissteigerung in der Reichsgetreidestelle über die neue Getreideverordnung im kommenden Erntejahr, an der Vertreter der Landwirtschaft, des Handels, der Mühlenindustrie, der Magistrate und der Verbraucherkreise teilnahmen, wurde darauf hingewiesen, daß im Herbst mit einer beträchtlichen Steigerung der Getreidepreise gerechnet werden müsse und daß ein 1900-Gramm-Brot etwa 26 Mark kosten wird.

Mit anderen Worten: den Agariern sollen neue Milliarden aus den Taschen der breiten Massen in den Schoß geworfen werden. Gegen diese Politik der Regierung muß mit aller Schärfe Front gemacht werden. Vor allem muß die von unserer Partei stets vertretene Forderung in den Vordergrund gestellt werden, daß die Getreidemenge nicht nur nicht aufgehoben werden darf, sondern daß sie wesentlich erhöht werden muß. Aufgabe aller sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften ist es, diese Forderung zu unterstützen. Kein Zweifel, daß ein Proteststurm gegen die abermalige Erhöhung des Brotpreises und gegen den agrarischen Wucher auch innerhalb der Arbeiterschaft ein lebhaftes Echo wecken wird. Auf keinen Fall kann die Arbeiterschaft ihre Aushungerung ruhig hinnehmen.

Vor der General-Ausperrung in Süddeutschland

(M.B.) Berlin, 19. Mai.

Nach Anhörung des Berichtes über die jetzige Lage in der süddeutschen Metallindustrie, hat der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller in seiner Sitzung vom 19. Mai einstimmig beschlossen, die süddeutschen Verbände mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln tatkräftig zu unterstützen. Er hat deshalb dem engeren Vorstand Vollmacht gegeben, je nach Lage der Sache selbstständig vorzugehen.

Vor der großen Koalition in Braunschweig

Das M.B. meldet aus Braunschweig, daß die Demokraten die sog. Kleine Koalition ablehnen und daß sie sich nur an einer Regierungsbildung von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei beteiligen wollen. Sie schlugen vor, die darüber bereits begonnenen Verhandlungen in Kürze fortzuführen. Der sozialdemokratische „Volkstreu“ schreibt dazu, die Situation sei nun geklärt. Es würden wahrscheinlich keine Neuwahlen erforderlich sein, sondern es würde zur Bildung der sogenannten Großen Koalition kommen.

Das Petersdorfer Urteil

Vorgelesen wurde in Oppeln vom Interalliierten Gerichtshof in öffentlicher Sitzung das Urteil im Falle Petersdorf gefällt. Der Angeklagte Sackel wurde wegen Teilnahme am Ueberfall in Petersdorf und wegen Ermordung des Spießes Seichter zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, ferner Krömer, Eisenbahnspektoral in Gleiwitz, als Führer des Selbstschuges zu acht Jahren Zuchthaus, Wozna zu zehn Jahren Zuchthaus, Pfitz und Kateska wegen Ermordung des Seichter zu zehn bzw. fünf Jahren Zuchthaus. Kabis, ebenfalls als Führer des Selbstschuges, zu zehn Monaten Gefängnis, der Geschäftsführer der deutschnationalen Volkspartei Riemann zu zwei Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden zu niedrigeren Gefängnisstrafen verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet. Die Angeklagten Rektor Urbanek in Gleiwitz und Bühlmann aus Gleiwitz, gegen den die Todesstrafe beantragt war, wurden freigesprochen.

Eine Entschliebung sozialistischer Parteien

Brüssel, 19. Mai.

Die hier versammelten Vertreter der englischen Arbeiterpartei, der französischen Sozialisten und der belgischen Arbeiterpartei nahmen eine Entschliebung an, in der auf die

in Europa und der Welt drohenden Gefahren hingewiesen wird. Demgegenüber wird auf den festen Willen des Proletariats hingewiesen, den Frieden zu erhalten.

Vor einem Bäckerstreik in Paris

(Intel.) Paris, 19. Mai

Der Gemeinderat von Luquet hat an den Departementspräsidenten eine Anfrage gerichtet, was er zu tun gedenke, um angesichts der Drohung der Pariser Bäcker, am 22. Mai die Brotverforgung stillzulegen, um die Bevölkerung vor Brotmangel zu bewahren. Auch der Ministerrat beschäftigt sich mit dieser Angelegenheit.

Die Landtagswahl in Waldeck

Von Franz Künstler.

Am kommenden Sonntag findet in dem deutschen Zwergstaat Waldeck eine Neuwahl des Landtages statt. Durch den jüngst erfolgten Anschluß Preußens ist das Waldecker Staatsgebiet zusammengeschrumpft auf einen Flächeninhalt von 1055,43 Quadratkilometer mit einer Einwohnerzahl von 52 358 Seelen. Es hat rund 35 000 Wahlberechtigte. Unter den 110 Gemeinden, die Waldeck zählt, sind die bekanntesten die Hauptstadt Krollen (2708 Einwohner), das weltberühmte Bad Wildungen und die Stadt Corbach (Metall- und Gummi-Industrie) mit 4424 Einwohnern. Die vorstehenden Angaben werfen ein großes Licht auf die staatliche Zerrissenheit Deutschlands. Die Novemberrevolution hat leider verfaßt, mit den staatlichen Zwerggebilden aufzuräumen, die fast nur das Spiel- und Tauchobjekt der davongelaufenen „fürstlichen Haisen“ waren.

Am 9. März 1919, der letzten Wahl zum Landtage, wurden 7 Sozialdemokraten, 4 Demokraten, 6 Deutschnationalen, 1 Volksparteiler und 3 Waldecker Volksparteiler gewählt. Die NSPD verfügte damals in Waldeck über keine Organisation und beteiligte sich nicht an der Wahl. Gestützt auf 11 Abgeordnete bildeten Reichssozialisten und Demokraten die Regierung, während sich die übrigen Parteien mit 10 Abgeordneten zu einem nationalen Bürgerblock zusammenschlossen. Mit nur einer Stimme Mehrheit behauptet bis zur Stunde die Koalition von SPD und Demokraten die Regierung. Infolge des Anschlusses Preußens an Preußen mußten zwei sozialdemokratische und ein bürgerlicher Abgeordneter ausscheiden, so daß am Sonntag insgesamt nur 15 statt bisher 21 Abgeordnete zu wählen sind.

Der Hauptagitationsstoff im Wahlkampf ist die Abstimmung über die Regierung, während sich die übrigen Parteien mit 10 Abgeordneten zu einem nationalen Bürgerblock zusammenschlossen. Mit nur einer Stimme Mehrheit behauptet bis zur Stunde die Koalition von SPD und Demokraten die Regierung. Infolge des Anschlusses Preußens an Preußen mußten zwei sozialdemokratische und ein bürgerlicher Abgeordneter ausscheiden, so daß am Sonntag insgesamt nur 15 statt bisher 21 Abgeordnete zu wählen sind.

Der Hauptagitationsstoff im Wahlkampf ist die Abstimmung über die Regierung, während sich die übrigen Parteien mit 10 Abgeordneten zu einem nationalen Bürgerblock zusammenschlossen. Mit nur einer Stimme Mehrheit behauptet bis zur Stunde die Koalition von SPD und Demokraten die Regierung. Infolge des Anschlusses Preußens an Preußen mußten zwei sozialdemokratische und ein bürgerlicher Abgeordneter ausscheiden, so daß am Sonntag insgesamt nur 15 statt bisher 21 Abgeordnete zu wählen sind.

Der Hauptagitationsstoff im Wahlkampf ist die Abstimmung über die Regierung, während sich die übrigen Parteien mit 10 Abgeordneten zu einem nationalen Bürgerblock zusammenschlossen. Mit nur einer Stimme Mehrheit behauptet bis zur Stunde die Koalition von SPD und Demokraten die Regierung. Infolge des Anschlusses Preußens an Preußen mußten zwei sozialdemokratische und ein bürgerlicher Abgeordneter ausscheiden, so daß am Sonntag insgesamt nur 15 statt bisher 21 Abgeordnete zu wählen sind.

Der Hauptagitationsstoff im Wahlkampf ist die Abstimmung über die Regierung, während sich die übrigen Parteien mit 10 Abgeordneten zu einem nationalen Bürgerblock zusammenschlossen. Mit nur einer Stimme Mehrheit behauptet bis zur Stunde die Koalition von SPD und Demokraten die Regierung. Infolge des Anschlusses Preußens an Preußen mußten zwei sozialdemokratische und ein bürgerlicher Abgeordneter ausscheiden, so daß am Sonntag insgesamt nur 15 statt bisher 21 Abgeordnete zu wählen sind.

Der Hauptagitationsstoff im Wahlkampf ist die Abstimmung über die Regierung, während sich die übrigen Parteien mit 10 Abgeordneten zu einem nationalen Bürgerblock zusammenschlossen. Mit nur einer Stimme Mehrheit behauptet bis zur Stunde die Koalition von SPD und Demokraten die Regierung. Infolge des Anschlusses Preußens an Preußen mußten zwei sozialdemokratische und ein bürgerlicher Abgeordneter ausscheiden, so daß am Sonntag insgesamt nur 15 statt bisher 21 Abgeordnete zu wählen sind.

Soziale Fragen vor dem Reichstag

Sitzung vom Freitag, den 10. Mai 1922.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung 11 Uhr 30 Min.
Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen kennzeichnet der Abg. Seubemann (SPD.) in der vorliegenden Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums beim Titel „Wohnungs- und Siedlungswesen“ die Passivität des Arbeitsministeriums in der Frage des Wohnungselends.

Abg. Obermeyer (Soz.): Für großes Ziel können die Baubetriebe erst erreichen, wenn sie nicht mehr als Experiment betrachtet werden. Bis jetzt sind rund 200 Betriebe dem Verband sozialer Baubetriebe angeschlossen. Die Regierung muß den sozialen Baubetrieben mehr Unterstützung ausdehnen lassen.

Abg. Merkel (USP.):

Auf Anregung der Mehrheit des Wohnungsausschusses ist der § 59 des Einkommensteuergesetzes eingelegt worden, der bestimmt, daß solche Arbeitgeber, die Kleinwohnungsbaueinheiten bauen, die dafür aufgewendeten Beträge von ihrer Einkommensteuererklärung absetzen können. Nun haben mehr oder minder befähigte Juristen erklärt, in dieser Bestimmung komme der Wille der Gesetzgebung ungenügend zum Ausdruck. Entgegen dem Willen der Gesetzgeber wollen sie dieses Gesetz nun auf die Gemeinde-Gewerbesteuer ausdehnen. Ich fordere die Regierung auf, zu erklären, daß diese Gesetzesbestimmung nur für die Einkommensteuer in Betracht kommt.

Wir fordern, daß die Regierung alljährlich Auskunft darüber gibt, wie der bei dem Wohnungsbaubetriebe geschaffene Ausgleichsfonds verwendet wird. Es gibt Arbeiterstädte, die trotz größter Wohnungsnot keine Häuser bauen können, die aber auch keine Mittel aus dem Ausgleichsfonds erhalten und so sich bemühen, die Wohnungslosen an die Nachbargemeinden abzugeben. Im Interesse des Volkes verlangen wir Auskunft, wie man aus diesem Fonds Gelder erhalten kann und wie dieser Fonds verwendet wird.

Reichsarbeitsminister Bruns: Das die Ausgleichsfonds betrifft ist überweilt das Arbeitsministerium die Gelder lediglich direkt an die Länder für die Stellen, wo besonders viel Wohnungen, z. B. für Flüchtlinge, benötigt werden. Dem Reichstag kann künftig alljährlich über die Verwendung der Gelder Auskunft gegeben werden. — Für die Frage des Abcordneten Merkel über die Bestimmung des Einkommensteuergesetzes ist das Finanzministerium zuständig.

Der Antrag Hoch und Becker (Arnberg), das Pachtwesen dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu überweisen, wird einstimmig angenommen.

Der Titel Wohnungs- und Siedlungswesen wird in der Abstimmung erledigt.

Abg. Frau Dransfeld (Str.) und Frau Waten (D. Sp.) sprechen sich für die Notwendigkeit der größeren Unterstützung der Kleinrentner aus, halten aber die Staatsberatung für Festlegung von Spezialforderungen für nicht geeignet.

Abg. Frau Schroeder (SPD.): Meine Partei hat von jeder Verhandlung für die große Not der Kleinrentner gehat. Aber sie bilden keine Schicht für sich, sondern sie sind eingereiht in die große Schaar der Arbeitslosen.

Abg. Ranken (USP.):

Abg. Obermeyer hat sich mit großer Wärme für die Unterstützung der Kleinrentner eingesetzt. Die Worte der Anerkennung, die er für die Kleinrentner und deren lebenslängliche Arbeit gefunden hat, müßten jeden tief berühren, wenn man der Überzeugung sein könnte, daß Obermeyer diese Anerkennung nicht nur einem kleinen Kreis der Arbeitslosen zukommen lassen will, sondern daß er seine Anerkennung ausdehnen würde auf die Invaliden-, Alters- und Unfallrentner, die in der Zahl weit größer und im Glanz weit tiefer sind als die Kleinrentner. Bei dem deutschen nationalen Redner handelt es sich aber nicht darum, daß er den Veteranen der Arbeit helfen will, nicht der Not, die seine Fraktion neuern, sondern dieser Antrag soll der deutschen nationalen Partei helfen, bei den nächsten Wahlen die notwendigen Stimmen aufzubringen. Wenn Sie der Not der Arbeitslosen neuern wollen, dann hätten Sie die Gelegenheit bei den verschiedensten Sozialgesetzen dazu gehabt. Stets wird unsern Anträgen dann entgegengehalten, daß Reich hat kein Geld zu diesen Zwecken. Wir haben im Jahre 1920 im 6. Ausschuss gefordert, um die Not der Invalidenrentner durch eine wesentliche Erhöhung ihrer Rente zu mildern, eine Milliarde Mark für über eine Million Invaliden- und Altersrentner zur Verfügung zu stellen. Damals haben die Deutschen erklärt, das sei unmöglich, das Geld stehe nicht zur Verfügung. Die Familienangehörigen müßten eben für diese Veteranen sorgen. Wenn sie es ehrlich meinen, dann hätten sie Gelegenheit gehabt, gestern und vorgestern, als die Fragen der Sozialversicherung und der Invalidenleistungen beim Etat erörtert wurden, für die Kleinrentner einzutreten. Aber da haben die Herren von der deutschen nationalen Partei nur

über die hohen Löhne der Arbeiter und den Arbeitslosenklagen geschimpft.

Die Kleinrentner müssen einrangiert werden in die bestehenden sozialen Gesetze. Die Kleinrentner gehören auch zur Kategorie der Menschen, die nicht fähig sind, sich durch ihre eigene Arbeit zu ernähren. Die Rechte des Hauses war es gerade, die 1910 und 1911 bei Beratung der Reichsversicherungsordnung den Antrag, jene Leute in die Versicherung einzubeziehen, abgelehnt hat. Wenn der Abg. Obermeyer hier eine Kategorie von Notleidenden gegen die andere, die Erwerbslosen gegen die Kleinrentner auspielt, so ist das nur den Doh der Rechte gegen diejenigen, die ihre Kriegspolizei in das Elend und diese Arbeitslosigkeit hineingebracht wurden. Wir verlangen ein einheitliches soziales Fürsorgewesen, das keine Unterschiede kennt zwischen den Ursachen der Bedürftigkeit, sondern lediglich nach dem Grad der Bedürftigkeit hilft. Wenn Sie die Not und das Elend beseitigen wollen, dann müssen Sie die Unterschiede zwischen den Invaliden- und Kleinrentnern fallen lassen. Wir werden aus diesen Gründen gegen den Antrag Dergt stimmen, kehren aber der Frage der Kleinrentner mit dem größten Wohlwollen nach wie vor gegenüber. (Beifall bei den USP.)

Abg. Wolzahn (S. L. P.): Wenn wir das Existenzminimum gefordert haben für die Siechen, Kranken und Erwerbsunfähigen, hat die Rechte diese Anträge stets abgelehnt. Sie will ja nur aus dem Elend der proletarischen Mittelständler ihrer Partei einen Vorteil verschaffen. In einer derartigen Handlungsweise kann man nur sagen: Pst! Teufel! Wir fordern für alle Erwerbsunfähigen ein Volksfürsorgengesetz. Nach kurzer Debatte wird der Antrag des Ausschusses, 500 Millionen Mark für die Notstandsmaßnahmen für die notleidenden Kleinrentner zu bewilligen, angenommen. Der Antrag Dergt, diese Summe auf eine Milliarde zu erhöhen, wird abgelehnt. Von dem deutschen nationalen Antrag wird der Passus angenommen, der fordert, mit größtem Nachdruck auf unverzügliche Auszahlung der Notstandsbeihilfen für Kleinrentner hinzuwirken. — Ein kommunistischer Antrag, der 50 Millionen Mark zur Arbeitsvermittlung für Erwerbsbeschränkte und zur Unterstützung gemeinnütziger Einrichtungen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung fordert, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt. — Ein Zentrumsantrag für soziale und caritative Reichsorganisationen zur Abgeltung der Unkosten, die durch den Verkehr mit den behördlichen Stellen entstehen, 300 000 Mark zu bewilligen, wird mit Hilfe der Rechtssozialisten angenommen. — Ein interfraktioneller Antrag, der die Herbeiführung einer größeren Planmäßigkeit und Einheitslichkeit bei den Maßnahmen der vorbeugenden Selbstbehandlung seitens der Versicherungsanstalten fordert, wird angenommen.

Abg. Thiel (D. Sp.) begründet die von seiner Fraktion eingebrachte Interpellation: Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um den Kriegsbeschädigten und Kriegsinvaliden eine den heutigen Lebensverhältnissen gerecht werdende Versorgung zu gewährleisten? und fordert eine Erhöhung der Rentenlage.

Abg. Meier (Zwickau, SPD.): Wir sind bereit, noch über das von der Deutschen Volkspartei Geforderte hinauszugehen.

Abg. Andre (Str.): Die Sorge für die Kriegsbeschädigten ist keine Parteifrage, sondern die des ganzen deutschen Volkes.

Abg. Frau Sieglar (USP.):

Wenn uns heute die Interpellation der Deutschen Volkspartei vorgelegt worden ist, so begrüßen wir das aufs wärmste, weil sie uns Gelegenheit gibt,

die traurige Lage der Kriegsopter

zu erörtern. Trotz der warmen Worte, die die Deutsche Volkspartei für die Kriegsopter gefunden hat, empfinden wir es als einen Fehler, daß die Deutsche Volkspartei es wiederum der Regierung überlassen hat, den Kriegsoptern eine bessere Versorgung zu bringen. Was ist denn für die Kriegsopter überhaupt geschehen seit sie dem Versorgungsgesetz unterworfen sind? In der Nationalversammlung, als das Reichsversorgungsgesetz geschaffen wurde, hat meine Partei darauf hingewiesen, daß dieses Gesetz ein Klaffendes Loch schleimter Art ist. Man hat in diesem Gesetz Kriegsopter erster, zweiter und dritter Klasse geschaffen, indem man den § 28, der die Ausgleichszulage für die Kriegsopter bestimmt, gegen den Willen unserer Partei im Gesetz belassen hat. Wenn der Kriegsbeschädigte ungelernter Arbeiter ist, so hat er keinerlei Anrecht auf die Ausgleichszulage, ist er gelehrter Arbeiter, dann hat er Anspruch auf 25 Proz. der Grundrente; ist er aber akademisch gebildet, dann werden ihm 50 Proz. der Grundrente als Ausgleichszulage gegeben. Niemals kann durch materielle Unterstützung das Kriegsverbrechen an diesen Menschen wieder gutgemacht werden. Wir haben uns aber immer dafür eingesetzt, daß man den Kriegsoptern ihr schweres Los so weit wie möglich lindert. Wir haben schon in der Nationalversammlung erreicht, daß die Parteien, die während des Krieges die Kriegskredite bewilligt haben, die durch die Fortsetzung des Kriegswahns das Millionenheer der Kriegsopter auf dem Gewissen haben, sich gegen die Verbesserung der Versorgung der Kriegsopter gewendet haben. Sie gerade hätten die besondere Verpflichtung gehabt, die Not unter den Versorgungsberechtigten zu lindern, sie hätten wahr machen müssen, was sie den Soldaten 4 1/2 Jahre lang gesagt haben: Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß! Meine Partei ist weiter in der Nationalversammlung dafür eingetreten, daß die Grundrente, die im § 27 festgesetzt ist, erhöht werden müßte. Wir verlangten, daß für die erwerbsfähigen Witwen anstatt 30 Prozent, 50 Prozent, für die erwerbsunfähigen anstatt 50 75 Prozent der Grundrente gezahlt werden müßten. Der große Unterschied zwischen den Renten der erwerbsfähigen und erwerbsunfähigen Witwen hätte ausgeglichen werden müssen. Die Regierung hat noch nicht einmal bei den einzelnen Versorgungsmatern durchsehen können, daß die im Februar 1921 beschlossene sehr geringe, wiederum kassifizierte Teuerungszulage schon allen Kriegsoptern zugekommen ist.

Es dauert Monate, ja Jahre, bis die armen Menschen in den Genuß der beschlossenen höheren Rente kommen.

Wir haben uns 1921 nicht nur dafür eingesetzt, daß die Teuerungszulage von 27 auf 50 Prozent erhöht werde, sondern auch verlangt, daß die Eltern der Gefallenen in den Genuß einer höheren Rente kommen. Die Bedürftigkeitsfrage muß vollkommen ausgeglichen werden, denn den einzelnen Fürsorgeämtern ist es überlassen, die Bedürftigkeit der in Betracht kommenden festzusetzen. Je nachdem, wie diese Fürsorgeämter zusammengesetzt sind, wird diese Festsetzung ausfallen. Im Kriegsbeschädigtenausschuss hatten die Rechtssozialisten mit uns zusammen den Antrag gestellt, den 10-prozentigen Rentenbauern erst schon bei einem Einkommen von 15 000 M., sondern erst beim Einkommen von 12 000 M. eintreten zu lassen. Sie haben aber diesen Antrag sofort zurückgezogen, als die Regierung erklärte, wir haben nicht eine Milliarde für die Kriegsopter übrig, sondern nur 500 Millionen. Alle diese Anträge und noch mehrere von meiner Fraktion gestellte Verbesserungsanträge sind abgelehnt worden mit der einen Phrase, daß die Unabhängige Partei diese Anträge nur aus agitatorischen Gründen stelle. Wir haben uns nicht von agitatorischen, sondern von idealen Motiven leiten lassen. Wir haben völlig Verstandnis für die Opfer des Krieges, das Sie (noch rechts) auf dem Gewissen haben. (Bravo links). Wir haben gewünscht, daß die Teuerung eine naturnotwendige Folge des Krieges sein wird, deswegen haben wir unsere Anträge gestellt. Nicht weil der Krieg verloren ist, werden die Kriegsopter so schlecht behandelt, ich denke nur an die Versorgung der Opfer aus dem Kriege 1870/71. Man hat ihnen damals, wie heute, zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel gegeben.

Ohne eine Begründung haben die Rechtssozialisten wie der Zentrumsgesandte unsere Anträge auf ausreichende Versorgung der Kriegsbeschädigten und auf Vorlage einer Gesetzesreform abgelehnt.

Genossin Sieglar führt eine Reihe Einzelheiten über die unzureichenden Renten an und fährt dann fort:

Nicht nur außerordentlich geringe Rente, sondern auch schlechte Behandlung, das ist der Dank des Vaterlandes! Geben wir die Hauptstrassen Berlins entlang, dann sehen wir die Kriegsopter auf der Straße liegen, kriechen, betteln. Geben Sie ihnen eine höhere Rente, dann werden Sie sie hinfür nicht mehr sehen. Wir haben uns der Herzlosigkeit der anderen Parteien nicht mitschuldig gemacht, wir sind immer eingetreten und treten auch jetzt noch ein mit allen Kräften für die Verringerung der Rente der Kriegsopter. (Beif. Bravo! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten).

Nach einer längeren Debatte, in der die Bürgerlichen alle ihr warmes Herz für die Kriegsopter betonten, die von uns gestellten Verbesserungsanträge jedoch ablehnten, fährt der Reichsarbeitsminister aus, daß durch den seit dem 19. Ausschuss vorliegenden Gesetzesentwurf über die Teuerungszulage für die Rentner aus dem Versorgungsgesetz dem Reich eine Ausgabe von 5 Milliarden Mark erwüchse, daß durch diese

Zulagen die Renten um das Dreieinhalb- bis Vierfache steigen würden. Die übrigen aus dem Reichsversorgungsgesetz entspringenden Ausgaben betragen 7 Milliarden Mark, und eine halbe Milliarde muß für die Fürsorge für die Kriegsopter ausgeworfen werden. Es werden jedoch noch Fürsorgemaßnahmen für die einzelnen Notleidenden notwendig sein. In der letzten Zeit ist ein guter Fortschritt in den Unanerkennungsverfahren erzielt worden.

Abg. Meier-Zwickau (SPD.) sucht die Haltung seiner Partei in der Frage der Kriegsbeschädigtenversorgung zu verteidigen.

Abg. Albrecht (USP.)

weiß den Vorwurf der Bürgerlichen, die Genossin Sieglar habe eine Agitationsrede gehalten, zurück und unterstreicht noch einmal die von ihr gemachten Ausführungen. Die Aussprache über die Interpellation der Deutschen Volkspartei ist somit erledigt.

Die Abstimmung über die Anträge zur Reichsversorgung der Kriegsopter wird zurückgestellt.

Zum Titel „Betriebsverfassung“ begründet Abg. Sender (SPD.) einen Antrag der Sozialdemokraten und Unabhängigen, als Beihilfe für Zwecke der Ausbildung von Personen, die auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zur Vertretung der Arbeitnehmer berufen werden, statt 300 000 Mark 3 Millionen Mark auszuwerfen. Er fordert eine Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz.

Reichsarbeitsminister Bruns erkennt die Mängel des Betriebsverfassungsgesetzes an, der Gedanke des Gesetzes sei aber ein beträchtlicher Fortschritt für die Arbeiterschaft.

Frau Abg. Sender (USP.):

Gewiß hat das Betriebsverfassungsgesetz den gesunden Gedanken gehabt, ein neues Prinzip in das Wirtschaftsleben einzuführen, daß das Kapital nicht nur allein bestimmen soll, sondern daß auch die Arbeiter das Mitbestimmungsrecht und, wie damals der Minister sagte, sogar das Hausbesitzerrecht haben sollen. Vorgeföhren hat erst ein Redner der Rechten darauf hingewiesen, die Betriebsräte parlamentarisierten zu viel. Sie zwingen ja die Betriebsräte, zu parlamentarisierten. Die Schulung der Betriebsräte ist außerordentlich wichtig, für diesen Zweck müßten ganz andere Summen ausgemworfen werden. Die Gewerkschaften haben zu ihrer Ausbildung Millionen ausgegeben, obwohl das Reich die Pflicht gehabt hätte, diese Mittel auszuwerfen. Wir bitten, unserem Antrag zuzustimmen, da er außerordentlich bescheiden ist und den Gewerkschaften noch viel zu tun übrig läßt. Ein Wort zum Betriebsverfassungsgesetz: Es ist

ein systematisches Vorgehen der Unternehmer

zu verzeichnen, auf Grund geheimer Anweisungen, die erzwungenen Rechte der Betriebsräte wieder illusorisch zu machen. Ein geheimer Kommentator des Verbandes der Fabrikantenvereine ist ausdrücklich benannt „Was der Betriebsrat nicht darf.“ In diesem Kommentar wird in den verschiedensten Anweisungen zum Ausdruck gebracht, daß nach jeder Auffassung dieser Herren der Betriebsrat überhaupt nichts tun darf. Bei Massenentlassungen hat der Betriebsrat keinerlei Mitwirkung. Der Unternehmer ist nur verpflichtet, sich mit dem Betriebsrat ins Benehmen zu setzen. Ob dieser sich mit den Entlassungen einverstanden erklärt oder nicht, ist völlig gleich. (Hört! Hört! links). Es gab Personen im Lande, die sich darüber wunderten, daß vor einigen Wochen das Gesetz über die Entlassung von Betriebsratsmitgliedern in den Ausschussrat so rasch und so lautlos hier verabschiedet wurde. Das konnten ja auch nur diejenigen, die das Vorangehende nicht aufmerksam verfolgt hatten. Hatte doch ein Reichsanwalt in Leipzig anlässlich der Verhandlung dieses Gesetzes im Reichstag an alle G. m. b. H. das Aufforderung ergehen lassen, noch rasch vor Erlass des Gesetzes den Ausschussrat abzuschaffen, um das Gesetz illusorisch zu machen. Es ist eine Rechtsbeugung, wenn vom Reichsarbeitsministerium diese Maßnahmen unwiderrufen bleiben.

Diese Entrechtung der Betriebsräte geschieht widerrechtlich.

Ihre Pflichten aber bleiben bestehen. Nach der Erklärung des Ministers haben wir allerdings kein allzu großes Vertrauen in sein Einschreiten. Ein weiterer großer Mangel ist die Tatsache, daß in den Konzernbetrieben die Arbeiter ohne Vertretung im Ausschussrat sind. Die Betriebsratsmitglieder können nicht sachverständig arbeiten, wenn man ihnen keinen Einblick gibt. — Solange das System der Ausbeutung noch geschieht funktioniert wird, solange werden die kapitalistischen Kreise den brutalsten und rücksichtslosesten Klassenkampf führen. Die Herren, die hier Versöhnung predigen, die fordern mit Bewußtsein den Klassenkampf, sie wollen die Verschärfung des Klassenkampfes (nach rechts), die Arbeiterschaft nimmt den Handschuh an, nicht um materielle Forderungen, sondern um ideale. Sie ist bereit, im Kampf Opfer zu bringen und in diesem Kampf um ihre Mitbestimmung und den Achtstundentag werden die Arbeiter die Einigkeit und die Geschlossenheit zeigen, die Sie fürchten. Sie mögen noch schärfer vorgehen, vielleicht werden Sie vorübergehend den Sieg erringen, aber dadurch wird die Arbeiterschaft um so tiefer in den Abgrund geschleudert werden, um sich dann ihre Rechte selbst zu erkämpfen. (Beif. Bravo links).

Minister Bruns sucht die Anweisung auf Umgehungen des Betriebsverfassungsgesetzes, die die Unternehmer herausgeben, dadurch zu verteidigen, daß er behauptet, auch von der Seite der Arbeiter würde das friedliche Zusammenarbeiten nicht gefördert.

Beim Titel Erwerbslosenfürsorge führt der

Abg. Soldmann (USP.)

Beschwerde darüber, daß vom Arbeitsministerium ergangene Anordnungen über vom Reichstag beschlossene Gesetze durch untergeordnete Beamten in Bayern einfach labotiert würden. Er gibt dafür einen Fall an, in dem auf diese Weise vier Erwerbslose schwer geschädigt worden sind.

Ein Ministerialdirektor erklärt, daß auf Grund der allgemeinen Beobachtungen behauptet werden dürfte, daß Bayern die Anordnungen aus dem Arbeitsministerium befolgt.

In der Abstimmung wird der von den Kommunisten und Unabhängigen gestellte Antrag auf eine Reform des Reichsversorgungsgesetzes und aller seiner Nebengesetze bis zum Herbst, der ferner fordert, die Versorgungsgebühren so zu bemessen, daß das Existenzminimum für die Kriegsopter erreicht wird, abgelehnt.

Nach weiterer kurzer Debatte und unbedeutenden Abstimmungen wird der Haushalts des Reichsarbeitsministeriums und der Pensionsfonds erledigt.

Nächste Sitzung: Sonabend 10 Uhr vormittags, Tagesordnung: Autonomie der Reichsbank, Ministerium und Ministerpräsident, Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Reichswirtschaftsministerium. — Schluß 10 Uhr.

Wegen Raummanqels mußte der Landtagsbericht für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Eine reaktionäre Prozeß-Legende

In eigener Sache von Wilhelm Dittmann

„Es ist so leicht, ohne Fälschung, nur durch Weglassungen und Striche den Sinn einer Rede vollkommen zu ändern.“

Bismarck über seine Fälschung der Emser Depesche.

Die Irreführung und Vergiftung der öffentlichen Meinung durch die Zensur der Presse war eine der schlimmsten Erscheinungen der Kriegszeit. Die proletarische Bewegung leidet noch heute unter den Nachwirkungen des raffinierten Vorgehens, das die Militärmacht mittels der Zensur angerichtete hatten. Viele Vorgänge der Kriegszeit sind weitestens proletarischen Kreisen nur aus den verlogenen Darstellungen bekannt, die damals von der Reaktion unter dem Protektorat der Zensurgenereale verbreitet wurden. Alle Warnungen vor der reaktionären Lügenpresse haben es nicht verhindern können, daß auch in proletarischen Kreisen solche verlogenen Darstellungen Glauben gefunden haben und noch heute das Urteil über Vorgänge und Personen beeinflussen. Das ist jetzt wieder zutage getreten in einem persönlichen Ausfall, den Nadel in der „Roten Fahne“ unterm 10. Mai gegen mich unternommen hat. Er unterstellt dort, daß mein Verhalten „vor dem Reichsgericht“ die öffentliche Kritik nicht vertragen könne. Die „Rote Fahne“ ergänzt das dahin, daß ich „seinerzeit vor dem Reichsgericht“ eine Rede gehalten und nicht gewagt hätte, dem Beispiel Karl Liebknechts zu folgen und klar und deutlich den Klassenrichtern als Revolutionär entgegenzutreten.“ Dieser Vorwurf soll in kommunistischen Kreisen seit Jahren kolportiert werden, wie mir jetzt mitgeteilt worden ist.

Nadel ist in der „Freiheit“ wiederholt aufgefordert worden, seine Behauptung zu beweisen, mich als Freigling zu entlarven, aber der sonst so Red- und Schreibselige schweigt sich völlig aus. Da muß ich mich schon selbst entlarven. Offenbar ist Nadel auf die Quelle der gegen mich ausgestreuten Verleumdung gestoßen und fühlt nun selber, wie fatal es für ihn wäre, wenn er sich auf sie berufen wollte. Seine „Gewährsmänner“ sind nämlich — „Die Post“, „Deutsche Tageszeitung“, „Deutsche Zeitung“, „Reichsbote“ tutti quanti, also das ganze reaktionäre Zeitungsnetz der Reichsstadt. Diese reaktionären Zeitungen allein haben seinerzeit einen Verhandlungsbericht über meinen Prozeß veröffentlicht, die liberale Presse und der „Vorwärts“ haben lediglich nach einer Meldung des offiziellen Wolffschen Telegraphenbüros das Urteil: 5 Jahre Gefängnis und 2 Monate Versäumnis, mitgeteilt. Die Zensurstelle des Oberkommandos in den Marken hatte der Presse verboten, einen Bericht oder einen Kommentar des Prozeßes zu veröffentlichen. Sieben reaktionäre Blätter — darunter die eben genannten — lehrten sich nicht an das Verbot und brachten einen längeren Bericht, der nach dem am Kopfe dieser Zeilen wiedergegebenen Fälscherrezept Bismarcks ein herrliches Bild meines Auftretens gab. Dem Schein nach verbot das Oberkommando in den Marken darauf das Weitererscheinen dieser sieben Blätter auf drei Tage, aber schon nach drei Stunden wurde das Verbot wieder aufgehoben. Der Zweck war ja erreicht: der liberalen und der sozialistischen Presse war ein objektiver Bericht unmöglich gemacht, durch den reaktionären Bericht war die Stimmung für die Behandlung des Falles im Reichstag vorbereitet und dem Verurteilten waren im eigenen Lager Sympathien entfremdet.

Dieser reaktionäre Bericht ist überhaupt der einzige, der über den Prozeß bis heute existiert. Ihm ist auch Karl Liebknecht damals in seiner Zuchthauszelle zum Opfer

gefallen, wenn er (siehe Nachlaß S. 10) sagt: „nach dem mir zugänglichen Bericht war Dittmanns Haltung unerfreulich — fast Desaveu des Streiks und Drückebergererei.“ Neulich hat sich Clara Zetkin einmal gegenüber einem gemeinamen Bekannten geäußert. Liebknecht und Zetkin hatten sicher keine Ahnung von dem heimlichen Zusammenspiel der Zensur mit der reaktionären Presse, ebensowenig die allgemeine Öffentlichkeit. Ich selber war im Gefängnis und bekam in jenen Tagen überhaupt keine Zeitung zu Gesicht. So hat denn die reaktionäre Prozeß-Legende sich festsetzen und die Grundlage bilden können für das jetzt von Nadel übernommene Gerede über mein angebliches Aneifen vor dem Reichsgericht. Nachdem dieser Vorwurf öffentlich erhoben ist, erfordert meine Stellung in der Bewegung eine öffentliche Klarstellung.

Bei dem großen Januar-Streik 1918 war ich am 31. Jan. in einer Massenversammlung im Treptower Park verhaftet worden. Meine ganze Rede in der Versammlung hatte aus wenigen Sätzen bestanden. Ich hatte, nachdem Oberer vor mir etwa 20 Minuten gesprochen, gesagt:

„Die Arbeiter haben einen wichtigen Schritt zum Frieden getan. Die Herrschenden aller Länder können den Weg zum Frieden nicht finden, sie sind unfähig, dem Kriege ein Ende zu bereiten. Deshalb müssen die Arbeiter in mächtigen Kundgebungen zum Ausdruck bringen, wie sie den Frieden gestalten wissen wollen. Die Friedensdemonstration des Berliner Proletariats hat einen imposanten Umfang angenommen. Die bürgerliche Presse sucht die Bewegung herabzusetzen. Das Oberkommando verbietet Verammlungen in Lokalen. Die Regierung lehnt Verhandlungen mit den Streikenden ab.“

Weiter zu sprechen war mir unmöglich wegen der mir damals unerklärlichen Unruhe, die, wie ich später erfuhr, durch das Erscheinen der Gendarmen verursacht worden war. Da ich mit der Stimme nicht mehr durchdringen konnte, brach ich kurz ab mit dem Ausruf: „Hoch der allgemeine demokratische Frieden!“ Im selben Augenblick wurde ich von Gendarmenfaustknütteln gepackt und verhaftet.

Der Prozeß gegen mich fand nicht vor dem Reichsgericht in Leipzig, sondern vor einem nach meiner Verhaftung schnell gebildeten außerordentlichen Kriegsgericht in Berlin, das nicht Recht zu sprechen, sondern Rache- und Abschreckungszweck zu haben hatte. Um ein eventuelles Eingreifen des Reichstages zu meinen Gunsten zu hintertreiben, wollte man mich bereits am zweiten Tage nach meiner Verhaftung aburteilen. Daase und Herzfeld's Eingreifen gelang eine Verschiebung des Termins um zwei weitere Tage. Eine Anklageschrift gab es nicht, die Zeugenladung war erschwert, die allgemeinen Rechtsgarantien waren aufgehoben. Das Gericht bestand aus zwei Richtern und drei (!) Hauptklienten der Landwehr; es hatte zu verurteilen. Der Wille der Militärbefehlshaber war seine einzige Rechtsnorm. Aber es mufte doch der Schein gewahrt werden. So wurden mir von den Polizeizeugenen Wendungen in den Mund gelegt, die ich nicht gebraucht hatte, die aber formell eine Verurteilung rechtfertigten konnten und sollten. Natürlich wachte ich mich gegen diese Unterstellungen und stellte ihnen meine wirklichen Äußerungen entgegen, die auch von den Zivilzeugen bekräftigt wurden. Der reaktionäre Prozeßbericht stellt das als Ausweichen und Drückebergererei hin. Der Ankläger und der Vorsitzende suchten den Streik immerfort als Führermache hinzustellen. Demgegenüber verteidigte ich den Streik als aus der Initiative der Masse entsprungen. Der reaktionäre Prozeßbericht macht daraus ein Desaveu des Streiks. Ganz wie es Bismarck bei der Emser Depesche gemacht, so hat der Bericht durch Weglassungen und

Streichungen den Sinn meiner Rede oft total verändert.

Der Gerichtsvorsitzende erklärte zu Beginn, er werde keine großen politischen Reden zulassen und die Verhandlung auf die Anklagepunkte beschränken. Allein durch die Bekundung und Begründung meiner wirklichen Äußerungen und durch die Betonung des wahren Charakters der Bewegung konnte diese Absicht durchkreuzt und der politische Charakter des ganzen Prozesses gewahrt werden. Das ist sowohl durch meine Verteidiger Daase und Herzfeld, wie durch mich als Angeklagten geschehen. Schon in meiner ersten Einlassung auf die Anklage habe ich den Charakter des Streiks dahin präzisiert:

„Es ist eine völlig falsche Annahme der Anklage, daß es sich um eine von sogenannten Führern künstlich hervorgerufene Bewegung handle und ich als einer dieser Führer den Massen in jedem beliebigen Augenblick den Abbruch des Streiks hätte kommandieren können. Nein, der Streik ist aus den Massen selbst, aus ihrer Erbitterung und Empörung hervorgebrochen mit der Notwendigkeit und der Gewalt eines gesellschaftlichen Elementarereignisses. Das war keine Führermache. Wenn ich gesagt hätte: „Streikt nicht! Keiner hätte weniger gestreikt! Der Streik war die natürliche Reaktion auf die zweideutige Haltung der Regierung zum Verständigungsfrieden und auf die einseitige Handhabung des Belagerungszustandes, die es den Arbeitern unmöglich macht, in Versammlungen und in der Presse ihre Friedensziele zu erörtern, während die Alldutschen und die Vaterlandspartei des Herrn v. Tirpitz in zügelloser Weise für ihre Gewaltpolitik Stimmung machen und den Eindruck erwecken können, als sei das ganze deutsche Volk ihrer Auffassung. In dieser Agitation erblicken die Arbeiter die größte Gefahr für das Zustandekommen des Friedens, denn dadurch wird der Kriegswille in Frankreich und England gestärkt. Die Arbeiter wollten aller Welt zeigen, daß sie mit den alldutschen Eroberungsplänen nicht einverstanden sind. Da man ihnen alle anderen Wege abge schnitten hat, haben die Arbeiter zum Protest- und Demonstrationstreik gegriffen. Durch Einstellung der Arbeit hat das Proletariat Stellung genommen gegen die Haltung der Regierung und gegen die Irreführung der internationalen Öffentlichkeit, Stellung genommen für einen Frieden ohne Annexionen und ohne Kriegsschädigung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Das war die Ursache und der Sinn des Streiks.“

Da der Gerichtsvorsitzende immer wieder darauf zurückkam, daß ich als Führer die Massen nach Belieben in den Streik hinein- und aus ihm herausziehen könnte und „Schuld am Streik“ sei, habe ich das Verhältnis zwischen Massen und Führern sowie die Schuldfrage klargestellt und dabei gesagt:

„In der Arbeiterbewegung spielt der Führer nicht die Rolle wie der Vorgesetzte beim Militär. Der Führer kann nicht kommandieren, der Masse nicht seinen Willen aufzwingen. Er kann nur durch Ueberzeugung wirken, die Entscheidung aber steht immer bei den Massen selber. Auch beim wirtschaftlichen Streik wird der Führer niemals befehlen: „Ihr müßt streiken!“ Seit ich nicht mehr an der Doppelbank stehe, habe ich in Lohnbewegungen niemals meine früheren Kollegen aufgefordert zu streiken, weil darüber nur sie selber entscheiden können, denn sie müssen die Opfer des Kampfes tragen. Man wird das für und Wider darlegen aber niemals durch künstliche Aufpeitschung der Leidenschaften einen Streikbeschluf herbeiführen. So handelt jeder Streikführer schon im Interesse des Gelingens, jede künstlich aufgepeitschte Bewegung bricht bald in sich zusammen. Auch bei diesem politischen Streik ist die Initiative aus den Massen selber gekommen. Erst als der Streik beschlossen und ein Aktionskomitee der Streikenden gewählt war, sind wir Abgeordneten zur Führung des Kampfes mit herangezogen worden. Es gibt also keine Führer, die als „Arheber“ und „Schuldige“ anzusehen

Unter fremden Menschen

Von Magim Gorki.

Eingig autorisierte Uebersetzung von August Schütz, Amerikanisches Copyright 1918 by Wolff & Co., Berlin

(78. Fortsetzung.)
„Bist du imstande, zehn Pfund Schinken aufzufressen?“
„In welcher Zeit?“ fragt Mischka in geschäftsmäßigem Tone mit dünner Zistelfstimme.
„In zwei Stunden.“
„Das dürfte schwer halten!“
„Ach was — schwer halten!“
„Wenn ich ein paar Glas Bier dazu trinken könnte...“
„Na, los also!“ sagt der Prinzipal und brühtet sich vor den andern: „Glaubt nicht etwa, daß er nüchtern ist, er hat schon zum Frühstück zwei Weizenbrote verputzt und gehörig zu Mittag gegessen...“
Der Schinken wird gebracht, und die Zuschauer versammeln sich: lauter gekostete Kaufleute in dicken, eng anliegenden Pelzen — wie riesige Gewichte sehen sie aus. Alle haben grobe Bäuche und kleine, von Fettwülsten umgebene, von einem Ausdruck über Langerweile verleierte Augen. Die Hände in die Ärmel geschoben, umhocken sie in engem Hingeden mit einem Messer und einem großen Stück Roggenbrot ausgerüsteten Eskimotier: er bekreuzt sich andächtig, setzt sich auf einen Ballen Wolle, legt den Schinken auf eine neben ihm stehende Kiste und mißt ihn mit den leeren Augen. Dann schneidet er eine dünne Brotschnitte ab, legt beides genau aufeinander und führt es mit beiden Händen zum Munde. Seine Lippen zittern, er delectet sie mit der schmalen, langen Zunge, man sieht die kleinen scharfen Zähne — und ganz so wie ein Hund neigt er die Schnauze nach dem Fleische hin.
„Er hat angefangen!“
„Seht auf die Uhr!“
Alle Augen richten sich mechanisch nach dem Gesichte des Eßers, auf seinen Unterkiefer und die runden Wälste an seinen Ohren. Sie beobachten, wie das spitze Kinn sich gleichmäßig hebt und senkt, und tauschen trüg ihre kleinen Gedanken aus:
„Ganz wie ein Bär frist er!“

„Hast du denn einen Bären schon fressen sehen?“
„Leb ich vielleicht im Walde? Man sagt eben so: Er frist wie ein Bär.“
„Man sagt: Er frist wie ein Schwein.“
„Das Schwein wird von feinesgleichen nicht fressen...“
„Im Gegenteil: es frist alles, seine eignen Ferkel sogar, und die eigne Schweiter...“
Das Gesicht des Eskimotiers färbt sich immer dunkler, die Ohren werden blau, die eingesunknen Augen kriechen aus ihren Höhlen, er atmet schwer, doch sein Kinn bewegt sich nach wie vor im Gleichmaß.
„Halt dich ran, Mischka, 's ist Zeit!“ ermuntert man ihn. Unruhig mißt er mit den Augen den Rest des Fleisches, trinkt einen Schluck Bier und beginnt wieder mit der Kanarbeit. Die Zuschauer werden lebhaft, immer häufiger blicken sie auf die Uhr, die Mischka's Prinzipal in der Hand hält, und einer sagt zum andern:
„Daß er nur die Uhr nicht zurückstellt! Nehmt sie ihm lieber ab!“
„Gebt auf Mischka acht, daß ihm nicht ein Stück Schinken in den Kermel rutscht!“
„Er schafft's nicht zur rechten Zeit, ich sehe es schon!“
„Ich halte vier gegen eins!“ Daß du mir durchhältst, Mischka!“ ruft der Prinzipal.
Die Zuschauer reizen und necken ihn, doch mag keiner die Wette halten. Mischka aber kaut und kaut, sein Gesicht hat schon ganz die Farbe des Schinkens angenommen, und die spitze, knorpelige Nase pfeift so kläglich. Sein Anblick ist schrecklich — mir ist, als müßte er jeden Augenblick weinend ausrufen:
„Erbarmt euch doch...“
Oder als würde er, ganz vollgestopft mit Fleisch, vor den Zuschauern zusammenbrechen und den Geist aufgeben.
Endlich hat er alles aufgegessen, und mit den trunkenen Augen vor sich hin glözend, röchelt er müde:
„Gebt mir was zum Nachtrinken...“
Der Prinzipal sieht auf die Uhr und brummt:
„Am vier Minuten hast du dich verspätet, Salunkel!“
„Schade, daß wir nicht gewettet haben!“ spotten die andern — „wärschön reingefallen!“

„Ein toller Sterk ist's aber doch, der Mischka!“
„Der müßte so im Zirkus auftreten — was?“
„Was für Mißgeburt der Herrgott so auf der Erde herumlaufen läßt!“
„Kommt, jetzt wollen wir Tee trinken — wie?“
Und wie schwer geladene Barken schwimmen sie hinaus, in die nächste Teestube.
Ich möchte dahinterkommen, was diese schwerfälligen, wie aus Eisen gegoffenen Menschen hier um den unglücklichen Burschen zwei Stunden lang zusammenhält, warum seine krankhafte Gefräßigkeit ihnen so viel Spaß macht.
Dunkel und öde ist's in der schmalen Galerie, die eng mit Wolle, Schaffellen, Haut, Filzstiefeln und Lederwaren vollgestopft ist. Vom hölzernen Bürgersteig ist sie durch dicke plumpe Ziegelsteinsäulen getrennt, die von der Zeit benagt und über und über vom Straßensot bespritzt sind. Alle Ziegelsteine, alle Fugen zwischen ihnen, alle fahlen Stellen, an denen der Kali längst abgefallen ist, sind sicherlich schon tausendmal gezählt und in der Erinnerung von Tausenden als ein plumpe, mit häßlichen Mustern bedecktes Netzwerk festgehalten.
Auf dem Bürgersteig schreiten langsam die Fußgänger dahin, auf dem Straßendamm bewegen sich ohne Haß die Droßken und Warenschlitten. Jenseits der Straße, innerhalb des roten Ziegelsteingewirrs der in zwei Stockwerken angeordneten Böden, liegt der mit Risten, Stroh, zerknülltem Packpapier und grauem, niedergetretenem Schnee angefüllte Platz.
Alles dies, samt den Menschen und Pferden, erscheint trotz aller Bewegung doch unbegreiflich, freist trägt an derselben Stelle, an die es durch unsichtbare Ketten gebannt ist. Plötzlich hat man das Gefühl, daß dieses Leben fast lautlos, bis zur Stummheit arm an Klängen und Tönen ist. Schlittentufen freischen, Ladentüren werden zugeschlagen, Paßteien- und Sonntagskuchenhändler schreien ihre Ware aus, aber die Stimmen der Menschen haben etwas Anstößiges, Widerwilliges, Einförmiges, man gewöhnt sich rasch an sie und bemerkt sie nicht mehr.
(Fortsetzung folgt.)

wären. Will man aber absolut Schuldige, intellektuelle Urheber, die den Streik verursacht haben, nun, so halte man sich an Herrn v. Tirpitz, den Gründer der Vaterlandspartei und Führer der Kriegsverlängerer, oder an Staatssekretär Falkraf, der die Verhandlungen mit den Streikenden ablehnt und dadurch verursacht hat, daß der für drei Tage geplante Streik über diese Zeit hinaus angehalten hat.

Die Polizeigenossen, drei aus dem Polizeipräsidenten erleuchtete Schulente, wollten von meiner Rede sonst nichts verstanden, aber übereinstimmend gehört haben, daß ich zum Schluß gerufen hätte: „Der Streik muß hochgehalten werden! Es muß weiter gestreift werden!“ Darauf hätte die Menschenmenge „Hurra“ gerufen. Trotzdem alle Zivilisten mit mir befanden, daß ich zum Weiterstreifen gar nicht gesprochen hätte, daß zum Schluß „Doch“ gerufen worden sei und man in Arbeiterversammlungen überhaupt nicht „Hurra“ rufe, blieben die Schulente bei ihrer Aussage. Wegen den mir in den Mund gelegten Polizeijargon, „den Streik hochhalten“, habe ich mich in meinem Schlusswort noch einmal gewendet und hinzugefügt:

„Das sage ich nicht, weil ich als Angeklagter vor Ihnen stehe und weiß, daß ich leugnen kann. Nein, meine Herren! Hätte ich jene Worte wirklich gebraucht, so würde ich mich jetzt auch zu Ihnen bekennen, würde zu Ihnen stehen, selbst auf die Gefahr, dafür zehn Jahre ins Zuchthaus gesteckt zu werden. Ich stehe im öffentlichen Leben und bin gewöhnt, was ich tue, auch zu verantworten. Aber ich habe nicht zu verantworten, was ich nicht gesagt oder getan habe.“

Ueber den Ausgang der Verhandlung war ich mir völlig klar und ich habe das zu erwartende Urteil zu Beginn meines Schlusswortes bereits mit folgenden Worten gekennzeichnet:

„Meine Herren Richter! Was der Herr Anklagevertreter von Ihnen fordert, ist ein politisches Tendenz- und Klassenurteil aller schlimmster Art. Die politische Gefinnung und Ueberzeugung, die ich vertrete, soll in mir getroffen werden. Tatsachen, um mich verurteilen zu können, liegen nicht vor, die gibt es nicht. Uff.“

Der Anklagevertreter hatte fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust wegen versuchten Landesverrats und außerdem zwei Jahre Gefängnis wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, zusammen sechs Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust beantragt. Diesen Antrag auf meine Ehre habe ich abgewehrt und zum Schluß ruhig und gelassen erklärt:

„Sollte aber das Gericht dem Herrn Anklagevertreter folgen, mich zu Zuchthaus verurteilen und für „ehrlos“ erklären, nun, so werde ich das tragen in dem Bewußtsein, daß Hunderttausende deutscher Arbeiter mit mir „ehrlos“ sind!“

Von diesen meinen vorstehend zitierten Äußerungen und anderen ähnlichen enthält der reaktionäre Prozeßbericht natürlich kein Sterbenswörtchen. So wird durch Beglückungen gefälscht. Ich glaube vor der Öffentlichkeit und vor jedem sozialistisch-revolutionären Forum mit meinem Auftreten vor dem Ausnahmegericht durchaus bestehen zu können. Genosse Herzfeld, der ja sehr der kommunistischen Partei angehört, wird als einer meiner damaligen Verteidiger meine Darstellung bestätigen können. Wie er mir sagt, war ihm der reaktionäre Prozeßbericht bisher unbekannt und er glaubte deshalb, daß Radel und seine Gewährsmänner mich offenbar mit irgendeiner anderen Person verwechselt haben müßten. Es liegt zweifellos eine besondere Genugtuung für die alten Zensurgenereale und ihre Helfershelfer darin, daß es ihnen gelungen war, durch das Zusammenwirken mit der reaktionären Presse gerade mich

in ein solch zweifelhaftes Licht zu setzen, der ich vom ersten Kriegstage an in der Redaktion in Solingen, auf Pressekonferenzen im Rheinland, in Eingaben an Militärbehörden und Ministerien, in den Kommissionen und im Plenum des Reichstages den rücksichtslossten Kampf gegen den Vagabundenzustand, die Zensur, die Schuchhaft und die ganze Militärdiktatur im Innern des Landes geführt habe. Der Fall zeigt auf neue, wie wichtig die Aufhellung mancher Vorgänge aus der Kriegszeit ist, die unter dem Schutze der Zensur verbunkelt worden sind und über die nur ein verhältnismäßig kleiner Personenkreis authentisch Aufschluß zu geben vermag.

Revolutionäre sind vogelfrei

Am 1. April hatten in der Nähe von Hülshaus, Westfalen Kämpfe zwischen Angehörigen der Roten Armee und Regierungstruppen stattgefunden. Im Anschluß an die Kämpfe wurde ein Haus in Hülshaus von Angehörigen der Reichswehr umstellt. Sämtliche Bewohner dieses Hauses wurden herausgeholt, sie waren sämtlich waffenlos. Der herbeigerufene Landjäger Bachmeyer erklärte bezüglich aller Herausgetriebenen, daß er für sie garantieren könne, nur bezüglich des einen, des Bergarbeiters Hülshaus, erklärte er, er könne das nicht. Daraufhin wurde Hülshaus an die Wand gestellt und sofort von einem Unteroffizier der Reichswehr erschossen. Nach der Erschießung wurden ihm Papiere aus der Tasche genommen, bei deren Durchsicht der Unteroffizier erklärte: „Na, ja, hier haben wir ja den heiligen Beweis dafür, daß der Mann Spioniert ist“. Es soll sich unter den Papieren auch ein Ausweis als Vollzugsrat befinden haben. Ueber den Verbleib der Papiere ist nichts zu ermitteln. Eingesehen hat eine dritte Person sie ebenfalls nicht.

Wegen dieses Vorfalles erhob die Witwe Hülshaus' Ansprüche auf Grund des Tumultschadengesetzes. Nach Abweisung in erster Instanz stand am 15. d. Mts. Verhandlung vor dem Reichswirtschaftsgericht als Beschwerdegericht an. Hierbei beantragte der Vertreter des öffentlichen Interesses, ein Geheimrat der Regierung, die Zurückweisung der Beschwerde mit der Begründung, die Erschießung des Hülshaus sei eine durchaus rechtmäßige Handlung des Unteroffiziers gewesen, auf eine andere Weise könne ein Aufstand gar nicht niedergeworfen werden. Der Unteroffizier hätte andernfalls befürchten müssen, daß Hülshaus, der anscheinend Anführer gewesen sei, sich später wieder an Kampfhandlungen beteiligen würde. Es wäre immer so, daß die Führer einer Truppe die Truppe selbst zurückschickten und sich verträgen. Die Handlung des Unteroffiziers wies demgemäß die Beschwerde mit der Begründung zurück, wenn Hülshaus sich am Aufstand beteiligt gehabt hätte, sei die Erschießung berechtigt gewesen. Darüber, ob er sich beteiligt hätte am Aufstand, könne aber nicht auf Grund des Tumultschadengesetzes, sondern müsse im ordentlichen Prozeß gegen den Reichsmilitärstrafkodex auf Grund des Beamtenhaftpflichtgesetzes entschieden werden.

Diese Verhandlung zeigt wieder, daß das ganze Gezecke über eine Wandlung des „deutschen“ Geistes, insbesondere des Geistes der Herrschenden eitel Dummheit ist, bestimmt. Lorenz im In- und Auslande zu täuschen, und das in Wirklichkeit an allen wirklich maßgebenden Stellen, die unser Volk und seine Denkwiese leiten, eine verrohte militärische Denkwiese herrscht, so schlimm, wie sie je im Kriege gebräuchlich hat. Wir sind neugierig, was die vorgelegte Behörde des betreffenden Herrn zu seinen Ausführungen sagen wird und ob es der Staatsanwaltschaft gelingen wird, den Mörder Hülshaus' — denn das, was der Unteroffizier getan hat, war nichts anderes als ein glatter Mord — zu finden.

Die Reichswehr macht Außenpolitik

Nach dem „Vorwärts“ hat das Münchener Wehrkreiskommando unlängst ein Schreiben an die Interalliierte Militärkontrollkommission gerichtet, worin es gegen die Angaben Poincaré in der französischen Kammer protestiert. Poincaré hatte bekanntlich behauptet, in Bayern fänden gemeinsame Uebungen der Reichswehr und der Landespolizei statt. Diese Behauptung bezeichnet das Münchener Wehrkreiskommando in seinem Schreiben als „entweder wider besseres Wissen oder auf Grund falscher Informationen“ gemacht. Es ermahnt die Interalliierte Militärkontrollkommission, Poincaré zu einer Berichtigung aufzufordern. Daraufhin verbat sich die Interalliierte Militärkontrollkommission jeden Eingriff in den Verkehr zwischen den militärischen Kommissionen und ihren Heimatregierungen, erklärte das Schreiben für null und nichtig und protestierte gegen den Geist und gegen die Form des Schreibens.

So erweist sich die Reichswehr nicht nur als eine innere Gefahr, sondern beschwört durch ihr dummdreiehes Eingreifen in außenpolitische Angelegenheiten obendrein auch außenpolitische Verwicklungen herauf. Was wird gegen diese Politik der Wehrkreisbefehlskommando unternommen werden? Höchstwahrscheinlich aus eigener Initiative gar nicht. Gegenüber dem Treiben der Reichswehroffiziere hat der Reichswehrminister bisher noch nie so etwas wie Energie aufgebracht.

Ein Charakterbild der Deutschnationalen

Wenn zwei sich streiten, erfährt gewöhnlich der dritte die Wahrheit. Ueber einen solchen Streit aus dem Lager der Deutschnationalen berichtet das „Berliner Tageblatt“. Es bringt Auszüge aus einer Polemik des früheren Mitgliedes der Deutschnationalen Partei, Adam Röder, gegen die Deutschnationalen. Es heißt darin, daß er, Röder, erst aus der Partei ausgestiegen sei, nachdem er erkannte, daß sich die Deutschnationalen immer mehr „den Abenteurern, den Chauvinisten, Antisemiten und Bolschewikern“ anhängten. Der „Börsecker Hefflerich“, der „großkapitalistische Hugenberg“, der „ehemalige Husarenleutnant v. Graefe“ und „rassistischer Gottesläugner Viktor Traub“ werden in den Auszügen Röders aus der Partei besonders verantwortlich gemacht. Röder fährt dann fort, daß man eigene Politik von der „Kreuzzugung“ nicht erwarten könne, denn ihre Redaktoren, vom Kommissar her an Subordination gewöhnt, haben zu schreiben, was ihnen befohlen wird; jeder wird eben so behandelt, wie er es verdient. Ich will mir noch abschließend feststellen, daß sich die „Kreuzzugung“ in der Revolution miserabel benommen und geradezu feige den geschichtlich übernommenen Standpunkt: royalistischer Treue verleugnet hat, denn sie hat nach dem 9. November die Worte „Mit Gott für König und Vaterland“ aus dem Kopf ihres Wappens austradiert und erst später wieder hineingesetzt, als die Luft rein und das Büßliertwerden durch die Wohlergehen moderner Revolutionen nicht mehr in Aussicht stand.

Ueber die Mächte, denen sich die „Kreuzzugung“-Redaktoren untergeordnet haben, läßt Röder durchblicken, daß es der Großgrundbesitz, der Großkapitalismus bzw. die Großindustrie sind. Diese Kräfte sind es nach Röder, in dessen Diensten die „Oberleutnants, Hauptleute a. D.“ mit ihrer Kadettenhausbildung und „Weisheit“ stehen.

Jeder weitere Kommentar dürfte diese Charakteristik unserer Deutschnationalen nur abschwächen.

Das russische Postkastengebäude wieder in Sowjetehänden Sowjetamtlich wird mitgeteilt, daß die bevollmächtigte Vertretung der russischen Sowjetrepublik in Berlin wieder in das Gebäude der früheren russischen Postkastens, unter den Linden, übersiedelt. Die Bemühungen der Romanows, die das Gebäude als persönliches Eigentum reklamieren, sind also erfolglos gewesen.

Balermord

Der Theaterwinter, denkwürdig durch die nun allen offenbar gewordene Position des Geschäftstheaters vom kulturellen Willen der Zeit, brachte endlich im Mai die einzige interessante Aufführung eines neuen Stückes, den „Balermord“ von Arnold Bronnen. Wie die Aufführung zustande kam, das allein spricht Bände. Kein Theater, auch die nicht, die thätig verdient haben, warte sich an das chaotische Werk. Selbst die vorhandenen Vereinigungen zur Pflege literarischer Talente reichten nicht aus. Die „Junge Bühne“ mußte gegründet werden, die nun durch ihre Eröffnungsvorstellung an einem Vormittag im Deutschen Theater zu einem Faktor der Literatur geworden ist. Ob sie es bleiben wird, hängt allerdings nicht allein von ihr ab, — in erster Linie davon, was es noch an Talent zu verfügen gibt. Dazu rechne ich zwar einen Teil der angeklügten Werke. Daß sich darunter weder der von Ichner verproben und wie vieles andere nicht gehaltene „Adam“, noch der sippig schöne „Sündenfall“ Radels befindet, bezeugt zunächst, daß die Männer dieser Vereinigung nicht das Talent von morgen, sondern nur das von heute und gestern erkennen.

Bronnen Bronnen gehört, läßt sich nach dem Balermord noch nicht ganz feststellen. Zum Morgen möcht ich ihn nicht zählen, denn was in dem Stück revolutionäres ist, gute vierzig Jahre alt. Von einem Dichter ist aber gerade das zu fordern: sein Geist soll weiter sein, als der seiner Hörer, als der der Dichter vor ihm. Seine Dichtung soll neue Ansichten und Ausichten des Lebens enthalten.

Bronnens „Balermord“ ist die übliche Rebellion der Bürgerkinder gegen den Vater statt gegen die Gesellschaft, und hinter ähnlichen Hausrebellien der modernen Literatur bleibt Bronnen durch einen auffallenden Mangel an einem Willen, für den er rebelliert, zurück. Sein Sohn kämpft gegen nichts, als gegen ganz persönliche Leiden, und wenn er auch dadurch zum Sinnbild unserer Not im Elternzuchthaus werden kann, so kann er nicht zum wahren Helden dieser Rebellion werden, da sein Balermord nur ein Akt der Ohnmacht ist, den er begeht, weil er zu schwach ist, den wahren Schuldigen zu finden. Den Vater morden und die Mutter vergewaltigen (so endet das Schauspiel), gehört doch heute schon beinahe zum guten Ton jener Literaturrebellien, denen Freud mit seiner Lehre den Mut gegeben hat, aus einem schicksalhaften Erlebnis eine Gymnastiktragödie zu machen.

Mit diesen Greweln könnte und Bronnen lange nicht imponieren, wenn uns nicht in den zwei Stunden dieses Vormittags anderes geradelt und geschnitten hätte. Und daß dies möglich war, bezeugt eine achtenswerte dichterische Gewalt. Denn wer es weiß, was Bronnen als Dichter seines Stückes nicht gewußt hat, in welcher gewaltigen Revolution des Erziehungswesens wir stehen, wer mit allen seinen Kräften am Aufbau einer neuen Welt teilnehmen will und nur die Gemeinschaft wirklicher Jugend, wirklich aufbauender Menschen,

anerkennt (welche aufbauen, weil sie das Alte mindestens in gleichem Maße hassen wie Bronnens Balermörder) — kurz, wer für das Morgen wirkt und dadurch zum Morgen gehört, daß er das Alte wirklich überwunden hat, der muß sich wohl gegen die Schwächen von Bronnens Schauspiel mit einem Lächeln wehren, welches laut: Armes Land, arme Dichter, die so wenig wissen was auf der Welt vorgeht. — Wenn einmal die Gefühlrebellion dieser Dramatiker ihrer nur persönlichen Not zu Ende ist und keine Idee sie mehr zur ewigen Revolution des Geistes und der Erde ruft, dann endigen diese Stürmer und Dränger doch auf irgendeine Art als Kompromißler, vorgebliche Individualisten, als Philosophienhaken, Pfleger ihrer Persönlichkeit und Egozentriken, mit einem Wort: als die Dichter von gestern.

Wenn mich trotzdem wieder zum ersten Mal seit Versel (der auch eine Enttäuschung geworden ist) etwas an einen neuen Dichter fesselt, so ist es das Hera, beinahe die Liebe, die er für den Gorilla von einem Vater hat, bevor er ihm die Gurgel einbrückt. In dieser Liebe kommt Bronnen von Strindberg her, der ja auch die Welt weder falsch noch gefährlich, sondern in der großen und dässeren Uebertreibung einer reinen Gerechtigkeit darstellt hat. Strindberg ergreift ja gar nicht Partei, sondern er zeigt, daß das Leben ein Akt, ein Leiden, eine Prüfung ist, und daß wir alle nur in dem Maße Unrecht tun, in dem wir verärrt sind.

Diese Art Gerechtigkeit gehört nun zu dem Wenigen, was man nicht von jemandem haben kann, sondern was man selbst haben muß. Auch das kleptomantische Vitaratum kann so etwas nicht kopieren. Wenn zwar in den Pausen dieses Todeskampfes, zu dem der Dichter nicht wie Strindberg Mann und Weib sondern Vater und Sohn antreten läßt, die Opfer einer gegenseitigen Fesselung (sie alle sind gefesselte Menschen, daher der etwas billige Familienname Fessel) sich strecken und einander durch einen Blick der Güte gewinnen wollen, dann fühlt man, daß Bronnen von einem großen Vorbild ein Weibbild empfangen hat. Aber wie dann die Familie an einem in seiner Armutlichkeit erzeigenden Abendstisch zusammensitzt, und der Vater mit seinem jüngeren Kind harmlos scherzt und plötzlich alles vergessen hat, während am selben Tisch Mutter und Sohn die Lust eines kommenden Granens voranzugreifen, da spürt man eine Kraft, von der man sagen muß: das ist Dichtung, da genießt man ein Geheimnis der Seelen, das tausendmal mehr wert ist als alle Erzfelle des Stückes.

Die Wirkung des Schauspiels wurde durch die reife Ausführung unter Vertold Vierick zu einem der wenigen Ereignisse der Theaterkassen. Erträulich war nicht nur die Reife der technischen Arbeit sondern auch die schauspielerische Phantasie des jungen Regisseurs. Stilistisch ist er durchaus nicht vollkommen, aber gerade das spricht für ihn. Er übernimmt keine Formen, sondern er zwingt sie.

Granoth hätte als Vater Fessel die Daliuna, den Schritt, den gelben Kurzhaubel, die platte Nase, die schweren Lider, das aufgedunsene Gloganz eines vom Wein und vom Glend,

vom Bürohammer und vom Klassenhaß zerquetschten Menschen. Wenn er einmal ausfächelt mit seinen gelben Jünglingsblut und gerührt in die heimliche Schönheit eines Menschenherzens. Twardowski's Sohn war im Sprachion und im Körperlichen so zappella. Er hatte die richtigen Mittel, aber er übertrieb sie. Stärkte Augenblicke, wie er nach der Prügeln mit dem Vater am Tisch sitzt und trogig, den Blick ins Ferne, die Alten schreibt, aber wie er mit einer schüchternen Hand willentlich und doch ohne Willen dem Vater einen Stoh gibt. Die Mutter, schon im Werk die problematische Figur, wurde durch viel zu junges Aussehen der Straub um den Rest der Wahrheit gebracht. Denn die Straub sich die Brust aufreißt, und Vater und Sohn gegeneinander beist, merkte man die Mache, aber diese Mache hatte Größe. Eine Freude von Anfang bis zum Ende war Elisabeth Bergner, die einen zwölfjährigen Schuljungen mit einer Frisbe, mit einer Gelöstheit aller körperlichen Ausdrucksmittel und einer Anmut spielte, durch die sie in die erste Reihe Berliner Schauspielkunst getreten ist. Das man vor der Dreijährerwohnung dieses Grauens über ihre Jungenspäße lachen konnte, scheint mir der stärkste Talentbeweis des jungen Dichters zu sein. P. St.

„Des Gels Schatten“ nennt sich ein Lustspiel, das Duda Gilda nach einer Idee aus Wielands Abberiten zusammengezurrt hat. Es ist so harmlos, so sauber, so unbedeutend und so langweilig, wie alle Komödien dieses schon lange begrabenen, aber immer noch nicht verdrungenen Familiendichters aus der alten, wenn auch keineswegs guten Zeit. — Die jungen Mädchen des Deutschen Theater sahen sehr niedlich aus, die männlichen Schauspieler rangen vergeblich gegen die einschläfernde Wirkung der friedlich daherpflätschenden Verse und die zahlreich verammelte Familie des seitlich angekündeten Autors, Bluts- und Wahlverwandte, Onkel, Tanten, Kessen, Nichten — vor allem aber Tanten — klatschte fröhlich in die Hände, so oft der Vorhang fiel. Auch ich war sehr glücklich, als er endlich zum dritten und letzten Mal endgültig gefallen war.

Hans Siemjen.

Tages-Notizen.

Die Koberbergtruppe veranlaßt am 22. Mai, 5½ Uhr, im Saale des Schiller-Theaters Vorlesung ihres zweiten modernen Lustspiels, „Der Arman-Duortell“ bringt ein Gedichtversteht von Robert Weiser zur Aufführung. Frau E. A. Delellus-Schmann singt Lieder von Eduard Erdmann und Thoma (sie und seine neuesten Grottesken).

Die Gruppe Hefflerich, die ab 1. September täglich im Theater des Westens über spielt, hat ihre Stammitglieder ausgetauscht. Sie haben Interessenten in der Gesellschaft des Nordplatz 7 (Schuhhof Hofe), an den Theaterstellen von Westheim und Invalidenhaus zur Verfügung.

Theater am Büchsenweg, Abänderung des Schilpianz-Sommerabend nicht „Amig Beer“ (sondern um 7½ Uhr „Der Traum des Leben“, Sonntag nachmittags 3½ Uhr nicht „Ueber die Stadt“ sondern „Das Räubchen von Hettbrunn“.

Gewerkschaftliches

Was hindert die Einheitsfront der Angestellten?

Ueber dieses Thema sprach Genosse Friedrich Schmidt vom Zentralverband der Angestellten Freitag, den 12. Mai 1922 im Lehrereisenhaus vor den Angestellten der Metallindustrie.

Die Gewerkschaftsbünde, christlich-nationaler und deutsch-demokratischer Färbung, bezichtigten den Zentralverband der Angestellten wiederholt, daß er die Bildung der Einheitsfront der Angestellten gegenüber dem Unternehmertum unmöglich mache. Der große Gewerkschaftsbund der Angestellten hatte den besseren Teil der Tapferkeit gewählt und war nicht erschienen, obwohl er besonders eingeladen war.

Der Referent schilderte sodann die Entwicklung der Angestelltenbewegung und kennzeichnete die Forderung der Gewerkschaftsbündler nach der Einheitsfront als eine Phrase. Bei fast jeder Lohnbewegung konnten wir feststellen, daß die Gewerkschaftsbünde sich sehr radikal gebärden, die Forderungen des Zentralverbandes nach ihrem Bekanntwerden durch höhere eigene überbieten und in den Gruppen, wo sie bedeutungslos sind, den Streik propagieren. Das geschieht in der Zuversicht, daß ja der Zentralverband der Angestellten die Verantwortung zu tragen habe. Praktisch trafen Mitglieder der Gewerkschaftsbünde in einer Reihe von Lohnbewegungen als Streikbrecher auf, wie z. B. im Versicherungs- und Zeitungsgewerbe sowie in der Chirurgie-Mechanik. Bis zum Ausbruch der Revolution haben diese Harmonievereinler gewerkschaftliche Kampfmittel abgelehnt und gegen die freien Gewerkschaften Stellung genommen. Auch heute noch kann festgestellt werden, daß ihr Solidaritätsgefühl völlig unentwickelt ist und sie die Gemeinschaft mit den Handarbeitern ablehnen. Daher bedeutet der Ruf nach der Einheitsfront aus diesen Kreisen nichts weiter als eine Agitationsmaße.

In einer mehr als zweistündigen Diskussion hatten die, trotz gegenseitiger Parole ihrer Verbände, erschienenen Gegner Gelegenheit, ihren Standpunkt zu entwickeln. Das Ergebnis der Aussprache war, daß in vorgerückter Stunde eine von Anhängern des Zentralverbandes der Angestellten eingebrachte Resolution gegen 30 Stimmen zur Annahme gelangte, die zum Ausdruck brachte, daß die Einheitsfront der Angestellten notwendig ist, aber nur gebildet werden kann auf dem Boden freigewerkschaftlicher Betätigung und engerer Fühlungnahme mit den Arbeitern. So lange sich die Angestellten, die heute noch auf dem Boden der Gewerkschaftsbünde stehen, nicht dazu durchgerungen haben, die in der Disziplinarordnung begründete Notwendigkeit des Massentamples anzuerkennen, so lange wird diese Einheitsfront nicht vorhanden sein.

Der Ausgang der Versammlung war ein zweifellos Erfolg der freigewerkschaftlichen Idee, die nicht halt macht bei der Einheitsfront der Angestellten, sondern darüber hinaus in diese Einheitsfront die Arbeiter einbezieht.

Die neuen Tarifföhne der Reichs- und Staatsarbeiter

Die Verhandlungen über die Knechtung der Arbeiterlöhne in den Reichs- und Staatsbetrieben wurden am 18. Mai im wesentlichen zu Ende geführt. In Lohngruppe 1 wird eine Zahlung von 5,10 Mk. pro Stunde gewährt. Zwischen den Lohngruppen 1, 2, 3 und 4 ist eine Spannung von je 20 Pf. vorgesehen, zwischen 4, 5, 6 und 7 eine solche von je 10 Pf., so daß der Arbeiter in der 7. Lohngruppe eine Zulage von 4,20 Mark erhält. — Zwischen den einzelnen Ortsklassen von A bis E tritt eine Spannung von je 20 Pf. ein. Am übrigen ist in jeder einzelnen Ortsklasse die Spannung zwischen den einzelnen Lohngruppen wie in Ortsklasse A, so daß die Zulage in Lohngruppe 1 der Ortsklasse E pro Stunde 4,30 und in der Lohngruppe 7 der genannten Ortsklasse 3,40 beträgt.

Diese Zulagen treten am 1. Mai in Kraft und gelten für den über 24 Jahre alten Arbeiter. Die jüngeren Jahreshklassen erhalten eine entsprechend geringere Aufbesserung. Die Lehrlinge erhalten ebenfalls eine den Verhältnissen angepaßte Lohnneubehaltung, die aber noch einer weiteren Beratung vorbehalten bleibt. — Die Arbeiterinnen erhalten eine Zulage in Höhe von 75 Proz. derjenigen der Arbeiter.

Eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen Grundlöhne und Feuerungszuschlag ist in der Weise erfolgt, daß der erstere zwei Drittel und der letztere ein Drittel des Gesamteinkommens beträgt.

Die Auszahlung der erhöhten Bezüge soll mit Beihilfengung ausgeführt werden, mit der Maßgabe, daß die Auszahlungen noch vor den Pfingstfeiertagen erfolgen.

Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat

Erlaß einer Wahlordnung.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat die Wahlordnung zum Gesetz über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat, vom 28. März 1922, herausgegeben, die im Reichsarbeitsblatt Nr. 27 vom 8. Mai 1922 veröffentlicht wurde. Diese Wahlordnung hat zwölf Paragraphen mit drei Abschnitten. Unter A sind die allgemeinen Bestimmungen enthalten, wie Leitung der Wahl, Fristberechnung und Vorbereitung der Wahl; B, Entsendung eines Betriebsratsmitglieds in den Aufsichtsrat, darunter fallen Wahlanschreiben, Stimmzettel und Wahlumschläge, Veränderungen im Wahlkörper, Feststellung des Wahlergebnisses, Niederschrift und Benachrichtigung, Anfechtung und Unanfechtbarkeit der Wahlen und Aufbewahrung der Wahlakten und Kosten. Der Abschnitt C über die Entsendung von zwei Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat enthält vier Paragraphen, und zwar die notwendige gemeinsame Wahl, die gemeinsame oder getrennte Wahl, die Neuwahl nach vorangegangener getrennter Wahl und die Neuwahl nach vorangegangener gemeinsamer Wahl.

Wir haben wortgetreu in chronologischer Reihenfolge die Titel der Paragraphen hier angeführt. Es ist ungeheuer wichtig für alle Betriebsräte, sich mit dieser Wahlordnung vertraut zu machen. Wir hoffen, daß diese Wahlordnung bei der Durchführung der Wahl keinen Anlaß zu fruchtigen Auslegungen geben wird.

Aufgehobene Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte

Erhöhung der Nachdienstzulagen für Eisenbahner.

Wir haben nicht oft Gelegenheit, aus Groenerts Reichverordnungen Dekrete publizieren zu können. Heute aber sind wir in der Lage, folgende Bekanntmachung des Reichsverkehrsministers mitteilen zu können:

Nach Artikel 1282 der Reichsverfassung werden alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte beseitigt. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts gelten damit auch alle beim Inkrafttreten der Reichsverfassung bereits bestehenden gesetzlichen Ausnahmebestimmungen oder Verwaltungsanordnungen, die mit dem genannten Artikel in Widerspruch stehen, als aufgehoben. Ich ersuche demnach, solche Bestimmungen in Zukunft nicht mehr anzuwenden.

Wir hoffen, daß die nachgeordneten Stellen nicht wieder Politik auf eigene Faust machen und durch kleinliche Auslegungsbefimmungen diesen vernünftigen Erlaß illusorisch machen.

Aus dem Reichsverkehrsministerium wird weiter bekannt, daß entsprechend einem Antrage der Gewerkschaften die Nachdienstzulage für Eisenbahner um 100 Prozent erhöht wurde. Am 19. und 20. Mai sollen weitere Verhandlungen über die Knechtung der Sätze für Uebernachtungen und der Aufwandsentschädigung geführt werden.

Die Löhne der Maschinenmacher Groß-Berlins. Die Maschinenmacher Groß-Berlins stellen an ihre Arbeitgeber am 6. Mai die Forderung, die bestehenden Stundenlöhne um je 4,00 Mk. zu erhöhen. Bei den am 15. Mai stattgefundenen Verhandlungen konnte eine Verständigung über die neuen Löhne nicht erzielt werden, jedoch wurde die Vereinbarung getroffen, den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin anzurufen, dessen Schlichterspruch sich beide Parteien unterwerfen wollen. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin fällt am 18. Mai folgenden Schlichterspruch: Für die Zeit vom 15. bis 31. Mai 1922 beträgt der Stundenlohn für männliche Zeitarbeiter 24,00 Mk., für weibliche Zeitarbeiter 21,00 Mk. Für Akkordarbeiter als Akkordbasis bei neuen Arbeiten 24,00 Mk., bei Reparaturen 22,00 Mk. Der Schlichterspruch ist von beiden Parteien sofort anerkannt worden. Damit tritt eine Erhöhung der Löhne um 2,00 Mk. pro Stunde ein.

Lohnbewegung der Brauereiarbeiter! Die Brauereiarbeiter haben durch ihre Organisationsleitungen das Lohnabkommen, in dem durch Schlichterspruch vom 15. April d. J. die Löhne für Gelehrte auf 875 Mk. für das gesamte Fahrpersonal auf 870 Mk. für Ungelehrte auf 865 Mk. festgesetzt wurden, am 22. April d. J. mit 14tägiger Frist aufgekündigt. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit den Arbeitgebern machten diese folgendes Angebot: 1050 Mk. für Gelehrte, 1045 Mk. für das gesamte Fahrpersonal und 1040 Mk. für Ungelehrte je Woche, die Löhne für Frauen und Jugendliche usw. sollen entsprechend erhöht werden. Die Löhne sollen rückwirkend ab 1. d. Mts. gezahlt werden. Eine vom 17. Mai er. einberufene Funktionärversammlung nahm das obige Angebot nahezu einstimmig an.

Zentralverband der Dachdecker. In der letzten Versammlung des Zentralverbandes der Dachdecker wurde nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Gen. Lamm vom 3. d. M. eine Entschließung angenommen, in der zum Ausdruck kommt, daß die Verammlung in den vom Reichsarbeitsministerium herausgegebenen sozialpolitischen Vortragsbüchern eine Bedrohung der wichtigsten Erwerbsmöglichkeiten der Arbeiterklasse erblickt. Insbesondere läßt die Schlichtungsordnung jeden sozialen Grundgedanken vermissen. Der § 55 stellt einen unerhörten Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften dar. Ebenso ist die Auslieferung der Arbeitsgerichte an die Justizbürokratie zu bekämpfen. Das würde das Ende der sozialen Rechtspflege und die Errichtung einheitlicher Arbeitsbehörden unter demokratischer Selbstverwaltung sein. Die Versammlung fordert von ihrem Verbandsvorstand die Einleitung gemeinsamer energischer Abwehrmaßnahmen durch den Vorstand des A. D. G. B. und eine dementsprechende Behandlung auf dem kommenden Gewerkschaftskongress.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag

Durch Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 6. Mai 1922 (Aktenzeichen IV D 181/41) ist der am 27. Februar 1922 abgeschlossene Nachtrag zum Tarifvertrage für die Angestellten der Tapferriederbrauerei für den Geltungsbereich der Stadtgemeinde Berlin mit Wirkung vom 1. Februar 1922 für allgemein verbindlich erklärt worden. Dadurch ist jede Firma dieser Branche verpflichtet, sich nach den Bestimmungen des Tarifvertrages zu richten. Gedruckte Tarifverträge sind in den Büros des Zentralverbandes der Angestellten, Belle Alliance-Strasse 7/10, und Kommandantenstr. 63/4 erhältlich.

Arbeitersport

9. Bezirk. Zum Karnevalsfest finden sich die Genossen am Sonntag, den 21. Mai, um 1 Uhr, am dem Adler-Platz ein. Die Mitglieder der „Ludo-graphie“ werden gebeten, den „Gillmerhorfer Männerchor“ beiseite zu lassen und die öffentlichen Festlichkeiten zu unterstützen. Der Beginn des Festes ist um 1 1/2 Uhr nachmittags bestimmt. Das Programm beginnt um 2 1/2 Uhr mit dem Vereinsturnspiel „Teufel-Turnier“ in der Bismarckgasse. Abends gemächliches Beisammeln im Bismarckgarten.

10. Bezirk. Zum Karnevalsfest finden sich die Genossen am Sonntag, den 21. Mai, um 1 Uhr, am dem Adler-Platz ein. Die Mitglieder der „Ludo-graphie“ werden gebeten, den „Gillmerhorfer Männerchor“ beiseite zu lassen und die öffentlichen Festlichkeiten zu unterstützen. Der Beginn des Festes ist um 1 1/2 Uhr nachmittags bestimmt. Das Programm beginnt um 2 1/2 Uhr mit dem Vereinsturnspiel „Teufel-Turnier“ in der Bismarckgasse. Abends gemächliches Beisammeln im Bismarckgarten.

11. Bezirk. Zum Karnevalsfest finden sich die Genossen am Sonntag, den 21. Mai, um 1 Uhr, am dem Adler-Platz ein. Die Mitglieder der „Ludo-graphie“ werden gebeten, den „Gillmerhorfer Männerchor“ beiseite zu lassen und die öffentlichen Festlichkeiten zu unterstützen. Der Beginn des Festes ist um 1 1/2 Uhr nachmittags bestimmt. Das Programm beginnt um 2 1/2 Uhr mit dem Vereinsturnspiel „Teufel-Turnier“ in der Bismarckgasse. Abends gemächliches Beisammeln im Bismarckgarten.

Parteiveranstaltungen

Sonntag, den 20. Mai.

5. und 6. Bezirk. 7 1/2 Uhr, Volkshaus bei Kaiser, Geyersstr. 21.

Sonntag, den 21. Mai.

11. Bezirk, 4. Abteilung. Ausflug nach dem Weich-See bei Bernau. Abfahrt 6 Uhr, Bunder 3 Uhr. Treffpunkt 5 1/2 Uhr vorm. Bahnhof Bismarckstr. Hauptort: Mithras. 12. Bezirkskommission. Sitzung der Bezirkskommission für alle 4 Teile im Rathaus Mariendorf, Zimmer 24. Beschlüssiges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich. 13. Bezirkskommission. Sitzung der Bezirkskommission für alle 4 Teile im Rathaus Mariendorf, Zimmer 24. Beschlüssiges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Montag, den 22. Mai.

10. Bezirkskommission. Sitzung der Bezirkskommission für alle 4 Teile im Rathaus Mariendorf, Zimmer 24. Beschlüssiges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich. 11. Bezirkskommission. Sitzung der Bezirkskommission für alle 4 Teile im Rathaus Mariendorf, Zimmer 24. Beschlüssiges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich. 12. Bezirkskommission. Sitzung der Bezirkskommission für alle 4 Teile im Rathaus Mariendorf, Zimmer 24. Beschlüssiges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Sereinskalendar

Sonntag, den 20. Mai.

10. Bezirkskommission. Sitzung der Bezirkskommission für alle 4 Teile im Rathaus Mariendorf, Zimmer 24. Beschlüssiges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Sonntag, den 21. Mai.

10. Bezirkskommission. Sitzung der Bezirkskommission für alle 4 Teile im Rathaus Mariendorf, Zimmer 24. Beschlüssiges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Montag, den 22. Mai.

10. Bezirkskommission. Sitzung der Bezirkskommission für alle 4 Teile im Rathaus Mariendorf, Zimmer 24. Beschlüssiges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Jugendbewegung

10. Bezirkskommission. Sitzung der Bezirkskommission für alle 4 Teile im Rathaus Mariendorf, Zimmer 24. Beschlüssiges und pünktliches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Sozial-Revolutionäre

Soeben erschienen. Soeben erschienen. Wichtiges Material zum bevorstehenden Prozeß in Moskau.

G. Semjonow (Wassiljew): Die Partei der Sozialrevolutionäre in den Jahren 1917-1918.

85 Seiten. Preis Mk. 3.—.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt durch der Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 8.

Pfaborbms
temperamentvoll reichlich, wenn ein Stoff fehlt. Der feine Eigengeschmack wird geboten. Die überflüssige Säure gebunden. Cäpffel ist gut, billig und bestmöglich. Erhältlich in Kolonialwaren, Drogerien und Apotheken.

Magenleiden!
Bei Magenkrampf, Magenbeschwerden, Erbrechen, Sodbrennen, übermäßiger Sauerstoffbildung, Blähungen, Appetitlosigkeit, GODESBERGER MAGEN ELIXIR
Stomachosozon
In Apotheken! Prospekt gratis!
A. Dorfschechter & Co. Nachf. G. m. b. H. Bad Godesberg.
Hauptniederlage für Berlin: Elefant-Apotheke SW, Leipziger Str. 74